

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/41

2. März 1976

Etwas mehr Vorsicht mit und um Berlin!

Die Substanz der Stadt darf nicht zerredet werden

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender
von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Es geht um die Freiheit der Presse

Die Sicherung journalistischer Unabhängigkeit bleibt
auf der Tagesordnung

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Presserecht und Medienpolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 33 Zeilen

Volksbegehren drückt die CSU in die Ecke

Die SPD konzentriert ihre schulpolitische Attacke

Seite 4 und 5 / 96 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

20 Jahre Nationale Volksarmee der DDR

Seite 6 bis 9 / 173 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Haussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 90 37 - 38
Telex: 09 96 848 - 49 pbon d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Etwas mehr Vorsicht mit und um Berlin!

Die Substanz der Stadt darf nicht zerredet werden

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und SPD-Landes-
vorsitzender von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Zeit immer kurzatmiger werdender Sonntagsgespräche als Ersatz für echte Berlin- und Deutschlandpolitik ist zwar mit dem Bau der Mauer vor nunmehr fast 15 Jahren in Lähmung und Entschlußlosigkeit der Unionsparteien untergegangen, die Entschlußlosigkeit der Opposition aber - das Hick-Hack um die Polen-Verträge ist das jüngste, aber sicher nicht letzte Beispiel - ist geblieben. Damit bleibt auch die Versuchung, von Zeit zu Zeit Tatenlosigkeit durch wohlthönende Erörterungen zu übertünchen.

Währenddessen sind von Berlin aus - später im Bund mit den Liberalen - geduldig die Steine für ein neues Fundament der Friedensicherung und der ganz praktischen Verbesserung der Situation für die Menschen in beiden Teilen der Stadt und des Landes gesetzt worden. Diese Politik ist auf lange Sicht angelegt worden. Sie kann noch eine ganze Reihe von neuen Erfolgen bringen, wenn die Suche nach möglichen gemeinsamen Projekten mit der östlichen Seite fortgesetzt wird und den Vorrang bekommt vor der Suche nach möglichen gemeinsamen Streitobjekten, die zweifellos in der Überzahl sind. Fehlentwicklungen, wie wir sie vor allem durch die Leugnung des Vier-Mächte-Status von Berlin und die richtige Einordnung der westlichen Bezirke der Stadt zu verzeichnen haben, müssen mit der gebotenen Festigkeit korrigiert werden. Dabei darf aber nicht das weiterhin positiv Mögliche aus dem Blick verloren werden. Das erfordert gerade in Phasen der Stagnation sehr viel Geduld und Beharrlichkeit. Nervosität und Unsicherheit helfen uns nicht weiter, sie schwächen im Gegenteil unsere Position - auch der eingebildete Kranke erliegt letzten Endes seinen angenommenen Leiden.

Berlin fehlt es in letzter Zeit nicht an guten Ratschlägen von innen und von aussen, und es gibt guten Grund für die Annahme, daß uns mancher die Symptome erst einreden möchte, die er zu kurieren vorgibt. Da gibt es einen Anästhesistenkongreß, der erst nach München will und dann nach Hamburg geht, wogegen es überhaupt nichts einzuwenden gibt, wenn

nicht ohne jeden Grund auf mögliche Ost-West-Probleme in Berlin verwiesen worden wäre, die gar nicht entstehen konnten, schon deshalb nicht, weil nie die Absicht bestand, nach Berlin zu kommen. Da machen Verbandfunktionäre der Dentalbranche Hamburg zum Tagungsort und Berlin zum Gegenstand amateuropolitischer Erörterungen, obwohl auch hier wieder das eine mit dem anderen nichts zu tun hat.

Auch die ohne akute Notwendigkeit vom Zaun gebrochene Debatte über Ältestenratssitzungen des Bundestages in Berlin bringt uns nicht weiter. Sie ist in der Tat wenig hilfreich. Von östlicher Seite gab es gar keinen Anlaß für die überflüssige öffentliche Diskussion; umso mehr besteht dort jetzt Grund zum Händereiben für einen solchermaßen erzielten Erfolg ohne eigenes Zutun. Man sollte sich daran gewöhnen, von deutscher Seite den Alliierten gerade in Berlin nicht in ihre Kompetenzen zu pfeuschen - wenn wir solche Versuche von ostdeutscher Seite strikt zurückweisen, muß das gleiche auch in westlicher Richtung gelten. Aus gutem Grund kann die Vier-Mächte-Oberhoheit für Berlin als Ganzes - die bisher nur von kommunistischer Seite angegangen wurde - gar nicht klar genug herausgestellt werden.

Da wird schließlich die Haltung der Berliner Landesregierung in der Frage der Eissprint-Weltmeisterschaften als zu hart und zu weich gleichzeitig kritisiert, wie es überhaupt wieder einmal bei rechts und links schick zu werden scheint, sich gemeinsam auf Berlin einzuschießen. Wir erlauben uns inzwischen, alle diejenigen ganz selbstverständlich willkommen zu heißen, die den Weg - die einen früher, die anderen später - doch nach Berlin gefunden haben.

Es gibt ein Gerede um Berlin nur zum Zeitvertreib, das zwar das Eis nicht zum Schmelzen bringt, wohl aber die Substanz angreifen kann. Zerreden wir nicht die Zukunft, nur weil die Gegenwart Wünsche offen läßt. Etwas mehr Vorsicht mit Berlin! Etwas mehr Rücksicht auf die frisch aufgeforsteten Schonungen der Ost-West-Politik bitte! Sie sind nicht unwürdevoll wie Unkraut.

(-/2.3.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Es geht um die Freiheit der Presse

Die Sicherung journalistischer Unabhängigkeit bleibt auf der Tagesordnung

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Presserecht und Medienpolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Mit beifälliger Schadenfreude kommentiert die Opposition die Tatsache, daß es in dieser Legislaturperiode kein Presserechtsrahmengesetz mehr geben wird. Wer es indessen mit der Sicherung von Meinungs- und Informationsfreiheit in diesem Lande ernst meint, für den besteht kein Grund zum Jubeln. Wieder einmal sind die seit etwa 50 Jahren andauernden Bemühungen um die gesetzliche Festlegung von Rechten der Journalisten, die deren Unabhängigkeit festschreiben, so erfolglos geblieben, wie mehr als 20 Jahre zuvor der entsprechende Versuch eines Bundesinnenministers, den damals die CDU gestellt hatte.

Am Beginn sozialdemokratischer Aktivität in diesem Bereich hatte nicht das Bestreben gestanden, möglichst schnell ein perfektionistisches Gesetz zu schaffen. Jahrelang hatte es nicht eine Besprechung sozialdemokratischer Medienpolitiker mit Vertretern der Journalisten- oder Verlegerverbände gegeben, in der nicht von uns darauf hingewiesen worden war, daß wir an einer baldigen tarifrechtlichen Regelung auf dem Gebiet der inneren Pressefreiheit interessiert seien. Dieser Tarifvertrag sollte dann durch ein Rahmengesetz in seiner dauerhaften Verbindlichkeit lediglich abgesichert werden. Erst als klar war, daß mit einer Einigung der Tarifpartner auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen war, entschlossen sich die Koalitionsparteien, einen Gesetzentwurf ohne tarifrechtliche Grundlage vorzulegen.

Hätten wir nicht - aus wählerwogenen Gründen - so lange vergeblich auf die Tarifpartner gewartet, denn wäre es vielleicht möglich gewesen, noch rechtzeitig ein Presserechtsrahmengesetz zu verabschieden. Doch der Rückblick mit oder ohne Zorn hilft nicht weiter. Die gemeinsamen Bemühungen aller Beteiligten um eine befriedigende Regelung werden unverzüglich nach Beginn der neuen Wahlperiode aufgenommen werden müssen. Ein Übergroßes Angebot von Arbeitsplätzen im Bereich der Presse, das die journalistische Unabhängigkeit sichern helfen würde, wird, auch wenn die Presse wieder ganz aus dem Konjunkturtal heraus gelangt sein wird, nicht erwartet werden können. Deshalb bleibt die Notwendigkeit der verbindlichen Festlegung von angemessenen Mitwirkungsrechten der Journalisten in jedem Falle auf der Tagesordnung.
(-/2.3.1976/wi/a/pr)

+ + +

Volksbegehren drückt die CSU in die Ecke

Die SPD konzentriert ihre schulpolitische Attacke

Die "familienfeindliche" Gesetzgebung der im Bundesland Bayern mit absoluter Mehrheit regierenden CSU wollen die Sozialdemokraten mit Unterstützung des Volkes rückgängig machen. Seit Bestehen der Bayerischen Verfassung wurde das Instrument Volksbegehren zweimal gegen den Willen der CSU erfolgreich benutzt. Das erste Mal ging es um die Abschaffung der Zwerg- und Bekenntnisschulen in Bayern, das zweite Mal um die Sicherung der Rundfunkfreiheit. Nun ist das Volk zum dritten Mal aufgerufen, in einem Wahljahr noch dazu, was die Christsozialen in Bayerns CSU-Landeregierung zunehmend als echtes Ärgernis zu empfinden scheinen.

Jedenfalls mühen sie sich gegenwärtig mit großem Eifer, die Ziele und die Ursachen des von der SPD unterstützten Volksbegehrens des bayerischen Familienverbandes zur Wiederherstellung der Lernmittel- und Schulwegkostenfreiheit zu bagatellisieren. In einer Kabinettsitzung wurde kürzlich sogar der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß höchstpersönlich "befragt". Er sprach sich nach einigen schweeligen Tagen für eine rechtliche Prüfung des Volksbegehrens aus und ließ durchblicken, daß er die Sparbeschlüsse seiner Parteifreunde nicht unbedingt "für der Weisheit letzter Schluß" hält. Dr. Huber hatte sich inzwischen bemüht, den Familienverband, den CSU-Politiker bisher eher in Richtung nahestehend eingestuft hatten, von seiner "Anti"- Haltung abzubringen. Er lud Repräsentanten von Eltern-, Familien- und Bauernverband sowie vom Bayerischen Jugendring zum Gespräch und gab anschließend die "allgemeine Bereitschaft kund, die vorgetragenen Argumente nochmals zu überdenken". Die SPD allerdings wies nach, daß die Hubersche Rechnung die Tatsachen "beschönigt und verschleiert" und der "bewußten Irreführung" dient. Sie argwöhnte, daß nunmehr die Taktiker am Werk seien, um wenigstens zu erreichen, daß die Einzeichnungsfrist erst nach dem Bundestagswahltag endet, wenn man den Initiatoren die Aktion schon nicht ganz auserreden könne. Vor wenigen Tagen beschloß der Familienverband nun, dem CSU-Wunsch nach Zurückziehung des Volksbegehrens nicht zu entsprechen. Es soll durch einen Verein Bürgerkomitee e.V. vollzogen werden.

Auf die Ankündigung des CSU-Innenministers Dr. Merk, die Münchner Regierung werde die Zulässigkeit des Volksbegehrens vom Gericht prüfen lassen, scheint man bei den Christsozialen weder faktische noch propagandistische Hoffnungen zu setzen, zumal die von den Sozialdemokraten vorgebrachten Rechtsargumente nicht müheelos "unter den Tisch gefegt" werden konnten. Da die Sache für die CSU aus diesen Gründen nicht sonderlich rosig aussieht, rechnet man bei der SPD mit einer großen Propagandewelle der Staatsregierung, die per Seelenmassage nüchterne Überlegung ausschalten soll.

Die Ursache der "schon recht blöden Situation", so CSU-Fraktionsvorsitzender Guetl Lang nach einem Bericht der "Zeit", ist die von den Christsozialen im vergangenen Herbst beschlossene Etatkürzung für die kommenden Jahre. Diesem dissonanten Streichkonzert fiel nämlich der größte Teil der Schulwegkosten- und Lernmittelfreiheit sowie die gesamte bayerische Auszubildungsförderung zum Opfer. Die Sozialdemokraten rechneten der bayerischen Bevölkerung vor, daß beispielsweise Familien mit zwei schulpflichtigen Kindern - je nach Familieneinkommen, Schulart und Alter der Kinder - künftig mit monatlichen Mehrausgaben von 20 bis 95 DM bela-

stet würden, bei vier Kindern kann es sogar 122 DM Extrakosten geben. Dazu kommt eine neue Belastung im Schulanfangsmonat von 250 DM für Lernmittel. Betroffen sind von der Kürzung der Lernmittelfreiheit die Eltern von 2,2 Millionen Schülern, von der Streichung der Schulwegfreiheit die Eltern von 100 000 Schülern.

Als die CSU ihre Abwehrmanöver begann, soll ein Großteil der 25.000 für die Einleitung des Volksbegehrens notwendigen Unterschriften schon vorgelegen haben. Die SPD ist sicher, daß die notwendigen Stimmen für Volksbegehren und Volksentscheid zusammenkommen. Sie ist ebenso sicher, daß dem keine rechtlichen Hindernisse im Weg stehen, denn die Klausel, daß durch das Volksbegehren das Budgetrecht des Parlaments nicht wesentlich beeinträchtigt werden dürfe, trifft nach ihrer Ansicht hier nicht zu, da die umstrittenen Leistungen des weiß-blauen Freistaates nur 0,46 vH des Gesamtetats ausmachen.

Empörend, wenn auch nicht verwunderlich, nennt die SPD die Versuche des Finanzministers, die Zahlen "irreführend herabzuspielen". Besonders übel vermerken es ihm die SPD-Kulturpolitiker, daß er die Steigerung der Einsparungen den Elternvertretern jetzt harmloser darstellte, als sie nach seinen eigenen früheren Aussagen tatsächlich sind. So sprach Dr. Huber davon, daß 1976 nur eine Kürzung um 35 Millionen auf 265 Millionen DM vorgesehen sei - er verschwieg aber, wie die SPD vorrechnete, daß die zusätzliche Gesamtbelastung der Eltern in diesem Jahr bereits etwa 66 Millionen DM ausmacht und daß sie 1977 auf fast das Doppelte ansteigen wird. Denn nicht nur die Kürzungen der staatlichen Mittel, sondern auch die proportional erfolgenden Streichungen bei den Gemeinden gehen zu Lasten der Eltern.

Um den Eltern der bayerischen Schüler carantige Schicksalschläge durch das Schwanken der CSU-Kulturpolitik künftig zu ersparen, wollen die Initiatoren des Volksbegehrens die Lernmittelfreiheit, die Schulwegkostenfreiheit und die bisher gewährte bayerische Ausbildungsförderung in der Verfassung (Art. 132) verankert sehen. Die Verfassung aber kann nur durch Volksentscheid geändert werden.

Daß die CSU sich angesichts des Bundestags-Wahltermins vom 3. Oktober äußerst ungeheglich fühlt, ist verständlich. Denn beim Schuljahresbeginn im September werden die Eltern besonders empfindlich zur Kasse gebeten, weil dann die Etatkürzung ihnen die Lernmittel-Ausgaben (bei vier Kindern bis zu 467 DM im Schulanfangsmonat!) aus der Privatkasse zieht. Angesichts so handfester Auswirkungen wird es die bayerische Regierungspartei gar nicht so einfach haben, die schulpolitischen Vorwürfe der Sozialdemokraten überzeugend zurückzuweisen. Die Schulpolitik der CSU ist, so sagt die SPD klipp und klar, "familienfeindlich" (weil alle Lasten auf die Eltern abgewälzt werden), "bildungsfeindlich" (weil der Bildungswelle mit zusätzlichen finanziellen Lasten bestraft wird) und "unsozial" (weil Familien mit geringen Einkommen härter betroffen werden als jene mit hohen Bezügen), und sie "verringert die regionale Chancengleichheit" (weil in den Landgebieten längere Schulwege und damit höhere Schulwegkosten anfallen als in der Stadt).

Ingrid Burkert
(-/ 2.3.1976/wl/ja/s)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

20 Jahre Nationale Volksarmee der DDR

"Die Nationale Volksarmee", das amtliche Wochenblatt der Streitkräfte der DDR, veröffentlichte am 16. Februar zum 20. Gründungstag der NVA einen Artikel, den wir wegen seiner grundsätzlichen und politischen Bedeutung im Wortlaut veröffentlichen. Der Autor ist Kapitän zur See Prof. Dr. Sc. Günther Glaser vom Militärgeschichtlichen Institut der DDR.

"Die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit", so heißt es im Entwurf des Programms der SED, "erfordert auch von der Deutschen Demokratischen Republik die weitere Stärkung der Verteidigungsbereitschaft. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands geht auch in Zukunft davon aus, für die Lösung dieser Aufgabe im festen Bündnis mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten, durch die unerschütterliche Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee und den anderen Bruderarmeen ihren Beitrag zu leisten."

Es ist ein historisches Verdienst der Militärpolitik der SED, gemeinsam mit der KPdSU und den anderen marxistisch-leninistischen Bruderparteien der sozialistischen Staatengemeinschaft der dialektischen Einheit von Friedenskampf und militärischem Schutz gerecht geworden zu sein und die Potenzen der sozialistischen Gesellschaft zielstrebig für die Landesverteidigung genutzt zu haben. Stets ließ und läßt sich die Partei davon leiten, daß der Schutz vor den Anschlägen der Feinde eine Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus ist.

Mit dem Beitritt zum Warschauer Vertrag im Mai 1955 und dem Abschluß des Staatsvertrages mit der UdSSR im September gleichen Jahres übernahm die DDR militärische Aufgaben zum Schutz ihres Volkes, ihres Territoriums und ihres Gesellschaftssystems sowie der sozialistischen Bruderstaaten nach außen und zugleich die Bewachung und Kontrolle ihrer Grenzen. Im Zusammenhang damit bekundete die SED, in ihrer Militärpolitik folgende Grundlinien zu verfolgen: den militärischen Schutz des Landes innerhalb der kollektiven Verteidigung der verbündeten sozialistischen Staaten mit der UdSSR als Hauptkraft zu organisieren; im Interesse des eigenen Landes wie der sozialistischen Gemeinschaft als Ganzes die Stärkung der Verteidigungskraft als eine der ersten Pflichten des Arbeiter-und-Bauern-Staates zu erfüllen; bereits in Friedenszeiten alle erforderlichen materiellen und ideellen Kräfte auf die gemeinsame Zerschlagung eines imperialistischen Aggressors durch die verbündeten Mächte vorzubereiten. Deshalb rückte nun in den Mittelpunkt der Militärpolitik der SED, wie auf dem 24. und 25. Plenum des ZK im Juni und Oktober 1955 und auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 begründet wurde, den militärischen Schutz der DDR als festes Glied des sozialistischen Verteidigungsbündnisses aufzubauen. Damit wurde dazu beigetragen, der aggressiven NATO, die mit der Einbeziehung der BRD in den Pakt ihre Positionen auf dem Kontinent ausbaute, eine unüberwindliche Macht entgegenzusetzen. Die imperialistische Politik des "Zurückrollens" des Sozialismus in Europa wurde in die Schranken gewiesen, der weitere Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR zuverlässig gesichert.

In der Erkenntnis, daß sozialistische Militärpolitik Politik für die Massen und Politik mit ihnen ist, stellte das ZK der SED die Aufgabe, unter

Führung der Arbeiterklasse breite Kreise der Werktätigen in die Gewährleistung des militärischen Schutzes einzubeziehen. Es lenkte die Grundorganisationen der Partei darauf, die Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft der Werktätigen zu erhöhen und sich mit ideologischen Einflüssen des imperialistischen Klassegegners auseinanderzusetzen. Viele Anstrengungen galten der Gewinnung von Freiwilligen für die NVA, die entsprechend dem von der Volkammer am 18. Januar 1956 einstimmig angenommenen "Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" entstand.

Das Neue in der Mitte der 50er Jahre fand vor allem auch darin seinen Ausdruck, daß wir reguläre Streitkräfte schufen und als moderne, sozialistische Bündnisarmee aufbauten. Entsprechend den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz wurde vor allem der politische Charakter der NVA als Armee des vom Imperialismus und kapitalistischer Knechtschaft befreiten Volkes voll ausgeprägt. Das Unterpfand dafür bildete die Führung der Armee durch die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse - eine objektive Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Militäraufbaus, die entscheidende Quelle der Stärke sozialistischer Streitkräfte. Gestützt darauf, wurde die NVA gemäß den Beschlüssen der Parteiführung von Anfang an als moderne Streitmacht geschaffen, die ihre Aufgaben, zunächst taktische, Seite an Seite mit der Sowjetarmee und den anderen Armeen des Warschauer Vertrages löste. In der zwischen den sozialistischen Bruderländern abgestimmten Aktion zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR gegenüber Westberlin und der BRD im Sommer 1961 erfüllten die eingesetzten Kräfte der NVA und der anderen bewaffneten Organe zuverlässig ihre Pflicht, wobei sie erfolgreich mit Truppen der GSSD zusammenwirkten.

Anfang der 60er Jahre standen die marxistisch-leninistischen Bruderparteien der Länder der sozialistischen Gemeinschaft vor der Aufgabe, auch neue militärische Anstrengungen zu unternehmen, um das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus zu gestalten und dem Imperialismus die Chancenlosigkeit seiner aggressiven Pläne zu verdeutlichen. Auf der Grundlage von Beschlüssen des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und Empfehlungen des Vereinten Kommandos bestimmte die SED auf der 14. Tagung des ZK im November 1961 und auf dem VI. Parteitag im Januar 1963, welchen Beitrag die DDR zur kollektiven bewaffneten Verteidigung des Sozialismus zu leisten hatte. Die Partei orientierte darauf, den militärischen Schutz der DDR im erstarkenden sozialistischen Klassen- und Waffenbündnis auszubauen und seine Elemente als einheitliches Ganzes zu gestalten. Damit wurde dazu beigetragen, friedliche Bedingungen nach außen zur Lösung der neuen Aufgabe der DDR zu sichern: in fester Freundschaft mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten den Sozialismus umfassend aufzubauen.

Die Partei stellte jetzt die Aufgabe, daß unter Führung der Arbeiterklasse alle schützten, was alle geschaffen hatten. Stabile Grundlage dafür bildete der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR. Die Bedingungen eines modernen Krieges machten es notwendig, das gesamte Land und das ganze Volk auf die Abwehr einer imperialistischen Aggression vorzubereiten. Ein wichtiger Schritt dazu war das im September 1961 beschlossene

"Gesetz zur Verteidigung der DDR", in dem grundlegende Bestimmungen für alle Bereiche des Staates zur Stärkung der Verteidigungskraft der Republik niedergelegt wurden. Als weitere bedeutende Maßnahme folgte die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die die Volkskammer - gestützt auf eine breite Bewegung der Jugend - im Januar 1962 beschloß. Damit konnte erreicht werden, daß jeder Werktätige die Fähigkeit erlangte, an der Verwirklichung der äußeren Schutzfunktion des sozialistischen Staates mitzuwirken.

Entsprechend den Richtlinien der Parteiführung der SED entwickelte sich die NVA nun im Zeichen der erstarkenden militärpolitischen und militärischer Zusammenarbeit der Warschauer Vertragstaaten und der revolutionären Veränderungen im Militärwesen. Alle Gebiete ihrer Tätigkeit wurden davon erfaßt. Die Verbände und Truppenteile erlangten die Fähigkeit, ständig bereit und in der Lage zu sein, in fester Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee und den anderen verbündeten Armeen einen imperialistischen Aggressor in einem modernen bewaffneten Kampf zu zerschlagen. Das verlangte unter anderem, an gemeinsamen Handlungen mehrerer verbündeter Streitkräfte im Maßstab von Armeen und Fronten mitwirken zu können.

Eingangs der 70er Jahre nahm die Rolle des militärischen Faktors im Kampf der sozialistischen Staatengemeinschaft um die Durchsetzung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz von Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung zu. Zugleich wuchsen vor allem durch die weitere Annäherung der verbündeten sozialistischen Länder die Möglichkeiten, den Erfordernissen zu entsprechen. Geleitet von Vereinbarungen mit der KPdSU und den anderen marxistisch-leninistischen Bruderparteien der Warschauer Vertragstaaten sowie Empfehlungen des Vereinten Kommandos beschloß der VIII. Parteitag der SED im Juni 1971, daß die Erhöhung der Wachsamkeit sowie die planmäßige "Vervollkommnung der Landesverteidigung und unser Beitrag zur Stärkung der Verteidigungskraft der sozialistischen Staatengemeinschaft zu den wichtigsten Aufgaben der Partei und ihres Zentralkomitees gehören."

Das oberste Organ der Partei wies auf die Notwendigkeit hin, die Bereitschaft und Fähigkeit aller Bürger zur Verteidigung der sozialistischen Staaten zu fördern und für die umfassende Sicherung der Verteidigungsaufgaben in allen Bereichen der Gesellschaft zu sorgen. Indem der Parteitag

den historischen Platz und das Wesen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bestimmte, deckte er zugleich die Kraftquellen für die weiteren militärischen Anstrengungen der DDR auf. Im militärischen Schutz als Sache des ganzen werktätigen Volkes, unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, mußte die Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auch ihren militärpolitischen Ausdruck finden.

In den Aufgaben, die der Parteitag für die NVA beschloß, kam der immer enger werdende Zusammenhang zwischen der internationalen und der nationalen Seite des militärischen Schutzes zum Ausdruck. Damit trug die SED der vor sich gehenden Verflechtung der Bündnisstaaten, dem zunehmend globalen Charakter der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus sowie der sich vertiefenden Umwälzung im Militärwesen Rechnung. Aus dem Beschlüssen des Parteitages erwuchs der Armee die Verpflichtung, alle Grundprobleme noch stärker unter dem Gesichtspunkt der Erfordernisse des ganzen sozialistischen Schutzbündnisses und gemeinsam mit der Sowjetarmee und den anderen Bruderarmeen zu lösen.

Auf dieser Grundlage und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Politischen Beratenden Ausschusses vom März 1969 über die weitere Vereinheitlichung der zu den Vereinten Streitkräften gehörenden Vereinigungen und Verbände entwickelte sich die NVA als integrierter Bestandteil der vereinten sozialistischen Militärmacht. Neben der Erhöhung der Kampfkraft und ständigen Gefechtsbereitschaft der Armee sind die militärischen Anstrengungen der DDR vor allem darauf gerichtet, die Fähigkeit zu vervollkommen, in Gemeinschaft mit der UdSSR und den anderen verbündeten sozialistischen Staaten jederzeit schnell in den Verteidigungszustand übergehen zu können, um einem imperialistischen Aggressor keine Chance zu lassen und ihn zu zerschlagen.

Die Militärpolitik der SED als Teil der Verteidigungspolitik der sozialistischen Bruderparteien der Warschauer Vertragsstaaten gewährleistet und gewährleistet, "daß die produzierende und machtausübende Arbeiterklasse ihre Macht auch militärisch organisiert und so den Früchten ihrer revolutionären Tätigkeit Bestand verleiht". Der IX. Parteitag der SED wird dazu neue Richtlinien beschließen. (-/2.3.1975/va/s/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller